§7

Leitung und Vertretung im Rechtsverkehr

(1) Die Zentralstelle wird durch den Direktor nach den Grundsätzen der Einzelleitung und persönlichen Verantwortung unter ständiger Einbeziehung der Werk tätigen und ihrer gesellschaftlichen Organisationen geleitet.

(2) Der Direktor der Zentralstelle wird vom Leiter der Abteilung Energie des Volkswirtschaftsrates berufen und abberufen. Der Direktor ist für die gesamte Tätigkeit der Zentralstelle verantwortlich und dem Leiter der Abteilung Energie des Volkswirtschaftsrates gegenüber rechenschaftspflichtig. Er handelt im Namen der Zentralstelle auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen und ist an die bestätigten Pläne und die ihm erteilten Weisungen gebunden.

(3) Die Zentralstelle wird im Rechtsverkehr durch den Direktor und bei dessen Verhinderung durch den von ihm bestimmten Stellvertreter vertreten.

(4) Die Abteilungsleiter der Zentralstelle und die Leiter der Außenstellen tragen gegenüber dem Direktor der Zentralstelle die Verantwortung für ihren Aufgabenbereich. Sie sind in ihrem Aufgabenbereich im Rahmen der Entscheidungen des Direktors der Zentralstelle weisungsbefugt.

(5) Verfügungen über Zahlungsmittel sowie der Abschluß von Verträgen, die Verbindlichkeiten für den Haushalt der Zentralstelle begründen, bedürfen der Gegenzeichnung des Haushaltbearbeiters.

§8

Struktur- und Stellenplan

(1) Für die Struktur der Zentralstelle ist der vom Leiter der Abteilung Energie des Volkswirtschaftsrates bestätigte Strukturplan verbindlich.

(2) Der Stellenplan der Zentralstelle ist nach den hierfür geltenden Bestimmungen aufzustellen und zu bestätigen.

§9

Finanzierung

(1) Die Zentralstelle ist Haushaltsorganisation. Die Mittel werden im Haushalt der Republik beim Volkswirtschaftsrat nach dem Bruttoprinzip bereitgestellt.

(2) Die Finanzierung erfolgt

1. aus Einnahmen im Rahmen der Vertragsforschung;
2. aus Einnahmen für sonstige wissenschaftlich-technische Leistungen, die auf Grund von Verträgen erbracht werden;
3. aus dem Staatshaushalt.

(3) Die wissenschaftlich-technischen Leistungen, die von der Zentralstelle auf Vertragsbasis durchgeführt

werden, sind von den Vertragspartnern zu vergüten. Für sonstige Leistungen kann die Zentralstelle entsprechend den getroffenen Festlegungen Gebühren berechnen.

§10

Schlußbestimmungen

(1) Diese Anordnung tritt am 1. Januar 1965 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Anordnung vom 26. September 1958 über die Bildung der Zentralstelle für wirtschaftliche Energieanwendung (GBl. II S. 251) außer Kraft.

Berlin, den 22. Dezember 1964

**Der Vorsitzende
des Volkswirtschaftsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

I. V.: Sie bö ld
Stellvertreter des Vorsitzenden

**Anordnung Nr. 2*
über die Vereinfachung der Antragstellung
auf Lohnsteuerermäßigungen.**

Vom 31. Dezember 1964

Zur Änderung der Anordnung vom 18. Dezember 1961 über die Vereinfachung der Antragstellung auf Lohnsteuerermäßigungen (GBl. II S. 563) wird folgendes angeordnet:

§1

Der § 2 erhält folgende Fassung:

„Der Antrag auf Steuerermäßigung für den Unterhalt von Kindern oder Eltern ist alle 2 Jahre schriftlich zu erneuern.“

§2

Der § 3 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„Die Räte der Kreise — Abteilung Finanzen — können die Bearbeitung und Entscheidung der Anträge auf die Lohnsteuerermäßigungen gemäß Abs. 2 auf volkseigene Betriebe, Haushaltsorganisationen und auch auf Betriebe anderer Eigentumsformen übertragen, wenn die Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Bearbeitung gegeben sind. Die Zustimmung des Betriebsleiters bzw. Leiters der Haushaltsorganisation ist hierfür erforderlich.“

§3

Diese Anordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 31. Dezember 1964

Der Minister der Finanzen

I. V.: Sand ig
Stellvertreter des Ministers

* Anordnung (Nr. 1) (GBl. II 1961 Nr. 83 S. 563)